

**Handlungsrahmen für die Einzelbereiche der Politik**

**„Handeln für unser Land“**

**4.1 Wohnungsbaupolitik**

**4.2 Wohnumfeld-verbesserung**

**4.3 Sport**

**4.4 Kulturpolitik**

**4.5 Freizeit**

**4**

**Wohnen und Freizeit**

**SPD**  
NRW '80 

C99-02910

*u. Wolmeing*

# 4.1 Wohnungsbau- politik

---

## Unsere Grundsätze

---

**Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß jeder Bürger eine angemessene Wohnung zu finanziell vertretbaren Bedingungen in einer lebenswerten Umwelt erhält. Dabei muß den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen werden. Das heißt u. a., daß Kinderzimmer in ausreichender Größe und Spielplätze in Wohnungsnähe angeboten werden, daß der Durchgangsverkehr in Wohngebieten beschränkt und daß Grünzüge in unmittelbarer Nachbarschaft angelegt werden.**

---

## Unsere Leistung

---

Von 1967 bis 1979 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 700000 Wohnungen mit staatlicher Hilfe gefördert, davon allein in den Jahren 1975 bis 1979 rund 216000.

Daß seit 1975 die Wohnungsbauförderung jeweils mindestens ein Drittel, meistens sogar über vierzig Prozent aller neu gebauten Wohnungen in Nordrhein-Westfalen mitfinanziert und damit zum größten Teil wohl überhaupt erst möglich gemacht hat, ist ein Erfolg der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Mehr als drei Viertel der von ihr geförderten Wohnungen und Eigentumsmaßnahmen ist dabei älteren Menschen, körperlich und geistig Behinderten, kinderreichen Familien und Aussiedlern zugute gekommen.

Zum Ausgleich der steigenden Preise gewähren Bund und Land seit 1965 Wohngeld. Allein in den Jahren 1975 bis 1979 haben der Bund und das Land nahezu die Hälfte aller seit 1951 angefallenen Miet- und Belastungszuschüsse gezahlt – insgesamt ein Betrag von mehr als 2 Milliarden DM.

Zusätzlich gibt es seit 1974 den Härteausgleich, der Mietpreissteigerungen ausgleichen soll, die durch den Wegfall von Zuschüssen oder durch Zinserhöhungen von Kapitalmarktmitteln entstanden sind. Über 100 Millionen DM wurden bisher an Härteausgleich bewilligt. Ab 1980 wird der Abbau der Aufwendungsdarlehen bzw. -zuschüsse der Förderungsjahrgänge 1973 bis 1978 so gestreckt, daß dadurch die Mieten nur um drei Prozent jährlich steigen können. Damit werden die Mietsprünge beseitigt, die zu sozialen Härten führten. Das neue Wohngeldgesetz, das gegenwärtig im Bundestag auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion beraten und von der Landesregierung unterstützt wird, wird den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern, die auch infolge höherer Betriebskosten und Zinsen gestiegene Mieten berücksichtigen und die Wohngeldzahlungen für Familien mit zwei und mehr Kindern wesentlich anheben.

Von 1971 bis 1975 wurden rund 177000 Wohnungen mit Hilfe von Landesgeldern modernisiert; von 1976 bis 1979 waren es bereits 230000 Wohnungseinheiten.

In den Jahren 1978 und 1979 hat die Landesregierung in mehr als 150000 Wohnungen Energieparmaßnahmen mit Landeshilfe gefördert.

Für alle Förderungsmaßnahmen, also den Wohnungs- und Wohnheimbau, die Wohnungsbauprämien, das Wohngeld, den Härteausgleich und die Modernisierung, hat das Land seit dem Jahre 1948 über 46 Milliarden DM gezahlt. Weit mehr als die Hälfte dieses Betrages hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in den letzten fünf Jahren zur Verfügung gestellt.

---

## Das wollen wir

---

Im Bereich des Wohnungsbaues ist längst noch kein Idealzustand erreicht. Für uns Sozialdemokraten bleibt deshalb der Wohnungsbau eine wichtige Aufgabe.



# 4.2 Wohnumfeld-verbesserung

---

## Unsere Grundsätze

**Unsere Städte sind bedroht durch Stadtflucht, Umweltbelastung und Verkehrsüberlastung. Die Abwanderung in das Umland zersiedelt unsere Landschaft, läßt Innenstädte veröden und altvertraute Wohnviertel verkommen. Wertvolle öffentliche Infrastruktur wird nicht mehr genutzt, neue öffentliche Förderung in Außenbereichen verlangt.**

---

## Unsere Leistung

Zur Verbesserung des Wohnumfeldes hat das Land den Gemeinden von 1967 bis 1975 rund 3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. In den Jahren 1976 bis 1979 haben sich die Förderungsmittel nochmals nahezu verdoppelt. Insgesamt hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in den letzten Jahren mehr Mittel für den Städtebau zur Verfügung gestellt als die übrigen Bundesländer zusammen. Hierdurch wurde erreicht,

- daß die Konzentration von Wohnungen und Arbeitsstätten, öffentlichen und privaten zentralen Einrichtungen in Siedlungsschwerpunkten verstärkt wurde,
- daß die Wohnbedingungen durch städtebauliche Sanierung, durch die Beseitigung gegenseitiger Störungen von Industrie- und Wohnbebauung und durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse menschlicher wurden,
- daß die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Gewerbebetrieben, insbesondere in Entwicklungsschwerpunkten, von wirtschaftsschwachen oder einseitig strukturierten Gebieten des Landes vorangetrieben wurde,

- daß eine große Zahl von Erholungsanlagen in allen Landesteilen errichtet wurde.

Zugleich hat die Landesregierung seit 1976 die Forschung im Bereich des Städtebaues und des Wohnumfeldes verstärkt gefördert. Im Rahmen eines Versuchsprogramms wurde in den letzten Jahren der Bau von 9 Bürgerhäusern begonnen. Sie sollen zeigen, ob und in welcher Weise sie in neuen Wohnsiedlungen gemeinschaftsbildend wirken und Anonymität, Kontaktlosigkeit und Isolation verhindern oder abbauen können. Ab 1980 werden erheblich mehr Bürgerhäuser gefördert.

Seit dem Jahre 1977 fördert das Land durch Initiative der SPD Sanierung und Modernisierung von Arbeiter-Siedlungen. Ziel ist es, gerade diese häufig günstig gelegenen Siedlungen mit alteingesessenen Bewohnern den heutigen Wohnverhältnissen anzupassen und zu erhalten.

Trotz dieser umfangreichen Förderungsmaßnahmen der Landesregierung müssen die Wohn- und Umweltbedingungen in weiten Teilen des Landes noch verbessert werden. Städtebau, vor allem die Verbesserung des Wohnumfeldes, ist deshalb eine fortwährende Aufgabe. Auch in den nächsten Jahren werden wir Sozialdemokraten große Geldbeträge geben. Wir wollen dabei allerdings die bisherigen Förderungsinstrumente überprüfen, um die Mittel noch gezielter als bisher einsetzen zu können. Unser Ziel ist, die Förderung von Wohnungs- und Städtebau in einem besonderen Gesetz zu regeln, in dem alle Fördermaßnahmen zusammengefaßt sind.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß alle Menschen in unserem Land gut und gesund wohnen, daß sich ihre Arbeitsplätze in der Nähe ihrer Wohnungen befinden und daß sie genügend Raum und Gelegenheit für ihre Freizeitaktivitäten haben. Wir sagen deshalb: die Zerstörung der Landschaft und der gewachsenen Siedlungsstruktur muß aufgehalten werden. Die Ortskerne dürfen nicht mehr ausbluten. Mit folgenden Maßnahmen wollen wir unser Ziel erreichen:

- Der Wohnwert schlecht strukturierter und umweltbelasteter Städte muß verbessert werden.

- „Gemengelagen“ von Industrie und störenden Gewerbebetrieben mit Wohngebieten müssen be- reinigt werden.
- Die Blockierung städtebaulicher Entwicklung durch häßliche Industriebrachen muß zügig besei- tigt und neue Nutzung für Arbeitsplätze und at- traktive Wohnbebauung muß ermöglicht werden. Hierzu können Mittel aus dem von der Landesre- gierung geschaffenen „Bodenfonds“ eingesetzt werden.
- Neue Industrie- und Gewerbeflächen müssen dort intensiv gefördert werden, wo Aussichten auf Neuansiedlungen bestehen.
- Verkehrslärm muß aus Wohngebieten herausge- halten werden.
- Kinderfreundliche und vor Verkehrsgefahren ge- schützte Wohnstraßen müssen durch Planung und wirksame Verkehrslenkung geschaffen wer- den.
- Der öffentliche Personen-Nahverkehr muß weiter ausgebaut werden.
- Altvertraute Wohnviertel mit lebendiger Sozial- struktur, vor allem Arbeiter-Siedlungen, müssen für ihre Bewohner erhalten bleiben. Das Förde- rungssystem muß so umgestaltet werden, daß es auch der eigenen Initiative der Bewohner gerade solcher Stadtviertel einen Anreiz bietet.
- Für Freizeit, Spiel und Sport müssen gezielt woh- nungsnah Angebote geschaffen werden, und zwar bevorzugt in den Landesteilen und Stadtvier- teln mit dem größten Bedarf und den geringsten Ausweichmöglichkeiten.
- Für Geselligkeit und Veranstaltungen von Bür- gern, Vereinen und Organisationen müssen in Stadtteilen und Gemeinden ohne Versammlungs- raum kleine, vielfältig nutzbare Bürgerhäuser ge- fördert werden.
- In kleineren Städten und Dörfern muß die behut- same, der Landschaft angepaßte Modernisierung und Sanierung weitergeführt werden.
- Das Denkmalschutzgesetz wird nicht nur ge- schichtlich wertvolle Fassaden erhalten, sondern auch die Maßnahmen der Denkmalpflege, der Mo- dernisierung und einer behutsamen Sanierung zur Erhaltung wertvoller Substanz und urbaner Orts- und Landschaftsbilder zusammenführen.

# 4.3 Sport

---

## Unsere Grundsätze

---

**In Nordrhein-Westfalen sind 3,4 Millionen Menschen in Sportvereinen organisiert; mehrere Millionen Menschen treiben Sport außerhalb von Vereinen. Vermehrte Freizeit und die vielfältigen Veränderungen der Lebensbedingungen werden die Zahl wohl weiter steigen lassen. Beim Sport können elementare Bedürfnisse befriedigt werden, etwa die nach Spiel und Bewegung, Spaß und Kontakten, Gesundheit und Geselligkeit, Anstrengung und Erfolg, sozialem Engagement und Selbstbewährung.**

**Die Entwicklung des Sports ist entscheidend geprägt durch die Selbständigkeit der Sportorganisationen. Wir Sozialdemokraten garantieren ihnen den Fortbestand ihrer Unabhängigkeit. Staatliche Maßnahmen müssen vor allem dem Ziel gelten, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der freien Entfaltung sportlicher Initiativen entgegenstehen. Davon werden Vereine und nichtorganisierte Sporttreibende in gleicher Weise profitieren.**

**Die finanziellen Voraussetzungen sind durch den „Landessportplan“ gesichert, den die sozialdemokratisch geführte Landesregierung erstmals 1979 aufstellte.**

---

## Unsere Leistung

---

Die sozialdemokratisch geleitete Landesregierung bezuschußt den Sport mit stattlichen Beträgen. Von 1966 bis 1979 ist die Förderung von rund 106 Mio. DM auf rund 288 Mio. DM gestiegen, das sind 170 Prozent mehr.

Allein für den Leistungssport hat die Landesregierung von 1969 (Erscheinen des Förderungsplans Leistungssport) bis 1979 ca. 250 Mio. DM ausgegeben, etwa für die Errichtung von Leistungszentren und Stadien, die Gründung einer Trainerakademie in Köln und für die Förderung von Trainern und Landeskadern. 1978/79 gab es in Nordrhein-Westfalen zehn Bundesleistungszentren, 40 Landesleistungszentren, 350 Landesleistungsstützpunkte, acht Landestrainer und 2000 sogenannte Landeskader – all dies wurde durch die großzügige Sportförderung der Landesregierung ermöglicht.

Auch unmittelbar flossen den Sportvereinen und Verbänden große Geldsummen zu. Allein 1979 waren es 36,6 Mio. DM Landesmittel, mit denen sie die verschiedensten Maßnahmen finanzieren konnten.

Das „Aktionsprogramm Breitensport“, das die Landesregierung 1978 vorgelegt hat, ist der erste konkrete Maßnahmenkatalog zur Intensivierung des Breiten- und Freizeitsports in der Bundesrepublik Deutschland. Die Programme „Sport betagte Bürger“, „Sport und Herzinfarktreaktation“, „Sport für ausländische Mitbürger“, „Sport für Schichtarbeiter“, „Sport für Gruppen mit besonderen Sozialproblemen“, „Sport für Behinderte“ und „Sport im Ruhrgebiet“ sind bereits erfolgreich angelaufen.

Große Unterstützung hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung auch dem Sportstättenbau gewährt. Die Bilanz liest sich eindrucksvoll. So erhöhte sich die Zahl der Hallenbäder von 1966 bis 1978 von 142 auf 529 (+ 273 Prozent), die Zahl der Lehrschwimmhallen von 362 auf 671 (+ 85 Prozent) und die der Freibäder von 463 auf 549 (+ 19 Prozent). Die Zahl der Sporthallen vermehrte sich im selben Zeitraum von 3353 auf 6176 (+ 84 Prozent), die der Sportplätze von 4000 auf 6508 (+ 63 Prozent). Eine Zuwachsrate von 119 Prozent ist bei den Tennisplätzen zu verzeichnen. Bestanden 1966 in Nordrhein-Westfalen erst 2430, waren es 1978 5330. Dazu kommt noch eine große Anzahl spezieller Anlagen für einzelne Sportarten.

Auch beim Schulsport gab es in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen. So werden heute in den allgemeinbildenden Schulen in der Regel drei Stunden Sport in der Woche angeboten, daneben wurden die Möglichkeiten erweitert, außerhalb des Unterrichts Sport zu betreiben. Seit 1969 wird Sport auch in Teilzeitberufsschulen unterrichtet. Unter der sozialdemokratisch geführten Landesregierung wurden nicht nur in vielfältiger Weise neue Wege des Schulsports erprobt, sondern es wurde in diesem Bereich auch eine intensive Lehrerfortbildung und Weiterbildung betrieben.

Seit das Bildungswerk des Landessportverbundes NW e. V. als erster Weiterbildungsträger aus dem Sportbereich in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist, kann Sport auch nach dem Weiterbildungsgesetz gefördert werden.

# Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten wollen die bisherige erfolgreiche Sportpolitik fortsetzen und sie mit den anderen Bereichen der Freizeitpolitik, der Gesundheits- und Sozialpolitik noch enger verflechten. Dazu gehört, daß wir vermehrt Spiel- und Sportflächen (sowohl Freianlagen als auch überdachte Räume) in der Nähe von Wohnvierteln schaffen – auch in Verbindung mit anderen Freizeitanlagen.

Wir Sozialdemokraten werden in den nächsten Jahren alle Anstrengungen unternehmen, um für unser Land den Spitzenplatz im Breitensport in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen – jenen Rang, den es im Leistungssport längst einnimmt. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Verwirklichung des „Aktionsprogramms Breitensport“ vorantreiben.

Wir Sozialdemokraten wollen gleichwertige Sportmöglichkeiten im ganzen Land schaffen. Deshalb werden wir den Sportstättenbau trotz dessen enormer Ausweitung in den letzten Jahren noch fortsetzen. Gleichzeitig wollen wir eine „soziale Offensive des Sports“ starten, das heißt Bevölkerungsgruppen, für die bisher sportliche Betätigung kaum möglich war, z. B. Schichtarbeiter, Hausfrauen, berufstätige Frauen, alte Menschen, Behinderte, Ausländer und kranke Menschen, durch gezielte Sportangebote aktivieren. Hilfreich dabei könnte sein, wenn Jugendhäuser, Altenheime, Häuser der offenen Tür und andere soziale Einrichtungen in ihren Programmen in Zukunft sportliche Freizeitmöglichkeiten stärker berücksichtigen.

Wir Sozialdemokraten wollen auch die landschaftsgebundenen Sportaktivitäten – z. B. Wandern, Wintersport, Waldlauf, Radfahren, Reitsport – stärker fördern.

Im Schulsport wollen wir das erreichte hohe Niveau sichern und – wo dies möglich ist – noch verbessern.

Wir Sozialdemokraten werden uns auch weiterhin für eine Vereinfachung der Förderung und – soweit möglich – eine Entlastung der Sportvereine von steuerlichen Problemen einsetzen. So weitgehend wie möglich wollen wir die Vereine von Verwaltungsarbeiten entlasten.

# 4.4 Kulturpolitik

---

## Unsere Grundsätze

---

**Kulturpolitik hat zum Ziel, dem einzelnen Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung in der Gemeinschaft zu ermöglichen.**

**Wir Sozialdemokraten wissen, daß sich Kunst und Kultur nur in Freiheit entfalten können. Wir sind daher auch weiterhin entschlossen, die Freiheit der Künste zu wahren.**

**Wir Sozialdemokraten fühlen uns der Kunst- und Kulturförderung verpflichtet. Dabei wollen wir nicht nur die klassischen Künste und ihre Einrichtungen, sondern auch offene Kulturformen fördern.**

---

## Unsere Leistung

---

Nordrhein-Westfalen kann auf den Leistungen der Vergangenheit aufbauen, die unser Land zur dichtesten Kulturlandschaft Europas gemacht haben.

Diese Leistungen, die das Land im wesentlichen seinen Gemeinden und Gemeindeverbänden verdankt, umfassen alle Gebiete künstlerischer Betätigung und den Ausbau von Einrichtungen, die zu schöpferischer Tätigkeit führen, wie Musikschulen, Volkshochschulen und Kunsthochschulen.

Das Land hat sich durch Zuschüsse und durch die Unterhaltung der Kunsthochschulen an diesen Leistungen beteiligt. So hat es die Mittel für die Kulturförderung 1979 auf 130 Mio. DM angeho-

ben. Seit einigen Jahren fördert das Land die kommunalen Theater und Orchester (1979 = 60 Mio. DM). Um künstlerische Angebote einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, honoriert das Land Kooperationsformen zwischen kommunalen Bühnen durch Zuschüsse.

Für die Denkmalpflege wurden 1979 fast 130 Mio. DM aufgebracht.

Durch das Weiterbildungsgesetz konnten die Angebote kultureller Bildung ausgebaut werden. Volkshochschulen wurden zu kulturellen Treffpunkten in den Gemeinden.

---

## Das wollen wir

---

Wir Sozialdemokraten wollen diese Leistungen erhalten und steigern. Wir setzen dabei vier Schwerpunkte:

### 1. Kunstförderung

Wir wissen, daß es nicht genügt, dem Künstler nur Freiheitsraum zu geben; er hat auch Anspruch auf ideelle und wirtschaftliche Unterstützung.

Wir treten daher für eine verstärkte Förderung der Künstler ein durch

- Vergabe von Förderungspreisen und Stipendien,
- Bereitstellen von Räumen für die Darbietung ihrer Arbeiten,
- Einrichten von Ateliers,
- Ankäufe und Vergabe von Aufträgen durch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Wir sind entschlossen, uns des Rates der Künstler beim Entwurf und bei der Ausgestal-

tung der Kulturpolitik zu bedienen. Die Gestaltung einer menschenfreundlichen Umwelt ist ohne den kritischen und schöpferischen Beitrag der Künstler nicht möglich.

## 2. Kunst und Kultur zum Bürger

Wir Sozialdemokraten bemühen und bemühen uns immer darum, alle Bürger an den Werken der Kunst teilhaben zu lassen. Wir wissen, daß Werke von Künstlern wie viele Entdeckungen des Menschen selten aus sich heraus verständlich sind. Das Verständnis für Kunst und der vertraute Umgang mit Kunst muß daher weiterentwickelt werden durch

- Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen,
- Einrichtung und weitere Ausgestaltung von Musikschulen und Kunst-(Mal-)schulen,
- verstärkte Förderung von Kinder- und Jugendtheatern in öffentlicher Hand,
- verstärkte Öffnung der Theater, Opern, Museen, Orchestersäle für allgemein verständliche Erklärungen der aufzuführenden oder auszustellenden Werke,
- verstärktes Hinbringen der Kunst zum Bürger durch Aufführungen und Ausstellungen der Theater, Opern, Orchester, Museen nicht nur in ihren Häusern, sondern auch in Bürgerhäusern der Stadtteile, Fabriken und Messehallen.
- weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit der verschiedenen Kultureinrichtungen durch das Großstadt-Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit NW in Wuppertal und eines entsprechenden Sekretariates für Mittelstädte.
- eine andauernde und ausreichende Förderung der Theater und Orchester, die sich verpflichtet haben, in unterversorgten Gebieten des Landes zu spielen,
- einen stetigen Ausbau der Bibliotheken, der durch ein Bibliotheksgesetz gefördert werden soll, und eine steigende Förderung von Fahrbibliotheken.

Wir Sozialdemokraten kennen den hohen Rang vieler Kultureinrichtungen im Lande Nordrhein-Westfalen. Wir werden deshalb immer bereit sein, sie mit Zuschüssen aus Landesmitteln zu fördern, damit ihre hohe künstlerische Qualität gewahrt bleibt.

## 3. Offene Kulturformen

Wir Sozialdemokraten sind sicher, daß all dies noch nicht ausreicht, um den Anspruch des Bürgers auf eine Teilhabe an Kunst und Kultur zu verwirklichen. Wir treten daher für eine weite Öffnung kultureller Betätigungen und

Angebote ein. Die hohem Niveau verpflichteten Kultureinrichtungen sollen ergänzt werden durch „Kultur um die Ecke“, durch Kultur im Stadtteil, in der Wohnsiedlung. Diese Öffnung erfordert andere „Kulturorte“, andere Räumlichkeiten zur Pflege des Gedankenaustausches, zu diesen Kulturorten gehören jene Plätze, die besonders das gesellige Leben ermöglichen: Höfe, Kneipen, Cafés, Wirtshausgärten, Brunnenplätze. Hier sollen Künstler und Bürger in anderem Rahmen sich begegnen, hier sollen Theater-, Gesangs- und Malvereine, Spielmannszüge und Bürger im Geben und Nehmen zueinanderfinden.

Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß auch diese offene Kultur über die Sekretariate für Kulturarbeit mit Sondermitteln gefördert wird.

## 4. Gewachsene Stadt- und Dorfstrukturen

Der Bürger will sich in seiner Wohnsiedlung heimisch fühlen. Sozialdemokraten wollen gewachsene Stadt-, Dorf- und Landschaftsbilder bewahren und gute alte Bausubstanz erhalten. Deshalb haben wir ein Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen vorgelegt, das unkontrollierte Vernichtung von wertvollen Bau- und Landschaftsbeständen verhindern wird. Es wird durch eine Verzahnung mit den baugesetzlichen Vorschriften eine enge Verbindung von Stadtgestaltung und Denkmalpflege sichern.

Die kulturelle Aufgabe der Denkmalpflege, sich der Vergangenheit verpflichtet und sich für die Zukunft unserer Lebensumwelt verantwortlich zu fühlen, wird durch soziale und volkswirtschaftliche Aspekte verstärkt. Die Schonung vorhandener Bausubstanz führt zu arbeitsplatzintensiven Renovierungsmaßnahmen. Gleichzeitig werden gewachsene Infrastruktur und urbane Lebenszusammenhänge erhalten. Dies stärkt die Identifizierung des Bürgers mit seiner Siedlung oder seinem Stadtteil. Dazu wollen die Sozialdemokraten einen Beitrag leisten.



# 4.5 Freizeit

## Unsere Grundsätze

**Alle Bürger sollen ihre freie Zeit nach eigenen Wünschen gestalten. Aufgabe der Freizeitpolitik ist es dabei, vielfältige Angebote für die unterschiedlichen Interessen bereitzuhalten. Die Freizeitmöglichkeiten sollten wohnungsnah, familienfreundlich, offen, kontaktfördernd, leicht zugänglich, kostengünstig und zu eigenen Aktivitäten anregend sein.**

**Wir Sozialdemokraten sind gegen eine Verplanung der Freizeit. Wir vertrauen auf die Spontaneität, den Einfallsreichtum und die Aktivität der Bürger. Freizeitangebote sollen deshalb vor allem von unabhängigen Trägern gemacht werden. Der Staat sollte nur dort einspringen, wo bestehender Bedarf durch unabhängige Träger nicht befriedigt werden kann.**

## Unsere Leistung

Damit alle Freizeitmöglichkeiten auch ausgeschöpft werden können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Und hierzu haben die SPD und die sozialdemokratisch geführte Landesregierung viel beigetragen. Sie haben

- im Landesforstgesetz von 1969 das Betreten des Waldes grundsätzlich für alle Bürger ermöglicht;
- im Landschaftsgesetz von 1975 die Landschaft für alle Erholungsuchenden geöffnet;
- im Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm, § 29) die Aufgaben für Erholung, Fremdenverkehr und Sportanlagen beschrieben und in den Landesentwicklungs-

plänen I/II und dem Landesentwicklungsplan III die planerischen Grundlagen für deren Umsetzung geschaffen;

- in der Änderung des Landeswassergesetzes von 1979 die „oberirdischen Gewässer“ für die Freizeit-, Erholungs- und Sportmöglichkeiten weitgehend nutzbar gemacht;
- die freizeitorientierte und die kreativitätsfördernde Bildung in das Weiterbildungsgesetz und dessen Fördermöglichkeiten einbezogen.

Mit erheblichen Geldbeträgen hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Anlagen und Einrichtungen zur Freizeitgestaltung und Erholung gefördert. Allein von 1971 bis 1978 gab sie dafür 568 Mio. DM aus. Für Dauerkleingärten stellt sie jährlich 2,5 Mio. DM zur Verfügung, ab 1979 sogar 4 Mio. DM. Auch den Radwegebau innerhalb der Gemeinden und den Bau oder Ausbau von Radwegen zu Freizeit- und Erholungszielen bezuschußt die Landesregierung, und zwar zahlt sie 85 % der zuwendungsfähigen Kosten. Das Radwegnetz in NW beträgt zur Zeit 5561 km. 25 Prozent der Landesfläche umfassen die Nationalparks, die von der Landesregierung gefördert werden. Geld gibt das Land auch an Zentren für ausländische Arbeitnehmer.

Für die Landes- und die kommunalen Theater gibt das Land inzwischen 46 Mio. DM aus. Kommunale und überregionale Orchester profitierten 1978 mit 13,2 Mio. DM von Landesgeldern. Außerdem unterstützte die Landesregierung die Arbeit der Chor-, Laien- und Musikverbände, das Musizieren Jugendlicher sowie kommunale Musikschulen.

Für die Bibliotheken stellte das Land 1978 5,9 Mio. DM zur Verfügung; die geförderten Bibliotheken verfügen zur Zeit über 26 Mio. Bände und sonstige Medien.

Einen Überblick über die vielfältige Förderung des Sports gibt das Kapitel „Sport“.

---

# Das wollen wir

---

Wir wollen die Wohnumgebung so gestalten, daß sich der Bürger „zu Hause“ fühlen kann. Deshalb wollen wir Siedlungen, Stadtteile und Altstadtviertel als Lebens- und Sozialgemeinschaften erhalten.

Wir Sozialdemokraten wollen in den 80er Jahren in der Freizeitpolitik folgende Schwerpunkte setzen:

- Wir wollen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Bürgers in allen Anlässen seines engeren Lebensraums erweitern.
- Wir wollen Initiativen von Vereinen, Stadtteilgruppen, Straßengemeinschaften und anderen organisierten oder lockeren Vereinigungen unterstützen.
- Im Kulturbereich wollen wir Sozialdemokraten mehr als bisher Folklore, Mundart, Erzählweise usw. als unmittelbare Lebens- und Kulturäußerungen der Bürger fördern. Jugend-, Bürger- und Altenzentren müssen zu solchen Veranstaltungen geöffnet werden.
- Wir Sozialdemokraten sind dafür, daß bestehende Einrichtungen, wie Schulen, Schulhöfe, Sportanlagen sowie Zentren der verschiedensten Art, besser genutzt werden. Bei den Öffnungs- und Nutzungszeiten müssen die Interessen von Minderheiten stärker berücksichtigt werden.
- Die Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung werden durch die Fortsetzung der bisherigen Politik auch in Zukunft in der Lage sein, für die Bundesrepublik Deutschland beispielhafte Leistungen auf dem Gebiet der Weiterbildung zu erbringen. Die Bildungsangebote sollen Eigeninitiativen fördern. Die Inhalte müssen sich an den Wünschen der Bürger und an deren unmittelbaren Lebensbedingungen stärker orientieren als an „klassischen Bildungseinrichtungen“.
- Wir Sozialdemokraten werden uns mit besonderem Nachdruck um die Qualität der Wohnumwelt bemühen. Dabei wollen wir folgende Ziele vorrangig verfolgen:  
Schutz vor Lärm und Schmutz, Sicherung von Freiräumen (Grünanlagen, Spiel- und Sportplätzen, Gärten), ausreichende Versorgung mit den wichtigsten Einrichtungen des täglichen Bedarfs, Anschließung der Wohnbereiche an das öffentliche Verkehrsnetz bei gleichzeitiger Bündelung des Durchgangsverkehrs, Schaffen verkehrsberuhigter Zonen.
- Wir Sozialdemokraten wollen besonders in Ballungsräumen zusammenhängende Grünzonen schaffen. Dazu wollen wir nicht mehr benötigte Industriegelände nutzen. Schutz und Erhaltung freier Landschaftsgebiete sowie Erneuerungsmaßnahmen müssen sich dabei gegenseitig ergänzen.

## Diese Broschüre erscheint in der Reihe

1. **Wirtschaft – Arbeit**
  - 1.1 Wirtschaftspolitik
  - 1.2 Arbeitsmarktpolitik
  - 1.3 Humanisierung der Arbeitswelt
  - 1.4 Selbständigenpolitik
  - 1.5 Energiepolitik
  - 1.6 Agrarpolitik und Forstwirtschaft
  - 1.7 Verbraucherpolitik
  - 1.8 Technologiepolitik
  - 1.9 Verkehrspolitik
2. **Umwelt**
  - 2.1 Umweltschutz
  - 2.2 Umwelt/Chemikalien- und Giftschutz
  - 2.3 Umwelt/Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft
  - 2.4 Umwelt/Luftreinhaltung
  - 2.5 Umwelt/Lärmschutz
  - 2.6 Umwelt/Landschaftspflege
  - 2.7 Gesundheitspolitik
3. **Familie und Gesellschaft**
  - 3.1 Familienpolitik
  - 3.2 Frauenpolitik
  - 3.3 Jugendpolitik
  - 3.4 Altenpolitik
  - 3.5 Behindertenpolitik
  - 3.6 Kinderfreundlichkeit
  - 3.7 Ausländerpolitik
  - 3.8 Sozialpolitik
4. **Wohnen und Freizeit**
  - 4.1 Wohnungsbaupolitik
  - 4.2 Wohnumfeldverbesserung
  - 4.3 Sport
  - 4.4 Kulturpolitik
  - 4.5 Freizeit
5. **Bildung und Erziehung**
  - 5.1 Schulpolitik
  - 5.2 Hochschulpolitik
  - 5.3 Forschungspolitik
  - 5.4 Weiterbildung
  - 5.5 Berufliche Bildung
  - 5.6 Medienpolitik
6. **Der Staat im Dienste seiner Bürger**
  - 6.1 Justizpolitik
  - 6.2 Innere Sicherheit
  - 6.3 Datenschutz
  - 6.4 Bürokratie und Bürgerverantwortlichkeit
  - 6.5 Gemeindefreundliches Land
  - 6.6 Die Finanzen müssen stimmen

# Unsere Grundsätze

Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen.

# Unsere Leistung

Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen.

# Wir Das wollen

Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Wir wollen ein Land sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen.